



## **Antrag**

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

### **Die landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen braucht den Dialog mit allen Beteiligten**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Erarbeitung einer landesweiten Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen folgende Maßgaben zu berücksichtigen:

1. Die Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen muss im Dialog mit allen Beteiligten erfolgen.
2. Die Beruflichen Schulen sind mehr als die Berufsschulen für die duale Ausbildung. Mit ihren sechs Schularten – von der Berufsvorbereitung bis zum Abitur – bilden sie einen wichtigen Teil unserer Bildungslandschaft. Dieses breite Spektrum muss sich in der landesweiten Schulentwicklungsplanung wiederfinden.

#### Begründung:

Während die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen zuletzt fast konstant blieben, sanken sie an den berufsbildenden Schulen kontinuierlich. Das Einfrieren der Stellen für zwei Jahre ist dabei ein kurzfristiges Mittel zur Sicherung des Angebots. Dauerhaft hilft nur eine landesweite Schulentwicklungsplanung für die Beruflichen Schulen.

Bisher hat die Landesregierung zu deren Vorbereitung nur ein Gutachten zur Zukunft der Dualen Ausbildung in Auftrag gegeben. Das blendet große Teile des Angebots der Beruflichen Schulen aus. Der schulische Teil der dualen Ausbildung ist der Kern

der Beruflichen Schulen. Es darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass es um sechs Schularten geht, die in der Fläche gesichert werden müssen.

Wegen der Tragweite der Entscheidungen für die Fachkräfteversorgung und die Entwicklung ganzer Regionen dürfen die Grundzüge einer Schulentwicklungsplanung jetzt nicht im SHIBB oder im Wirtschaftsministerium ohne Beteiligung und Dialog festgezurrert werden, die von allen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden müssten. Nur mit der Einbindung aller Interessengruppen wird es möglich sein, hinterher auch schwierige Strukturentscheidungen umzusetzen.

Es müssen u.a. folgende Fragen geklärt werden:

- Welche Berufe brauchen, auch finanziert durch das Land, eine starke Verankerung in der Fläche, weil etwa die Bäckerei oder der Malereibetrieb auf dem Lande sonst keine Auszubildenden mehr findet oder weil der Beruf hauptsächlich von besonders jungen Menschen angewählt wird, die räumlich nicht sehr flexibel sind?
- In welchen Bereichen sind Nachwuchskräfte so knapp, dass das Land allen Interessierten einen Ausbildungsplatz garantieren muss, wie Hamburg das beispielsweise bei angehenden Pfleger\*innen und Erzieher\*innen macht?
- In welchen Bereichen macht eine stärkere Spezialisierung Sinn, um die großen technischen Fortschritte in vielen Berufen gut abbilden zu können?
- Welche besonderen Bedürfnisse haben die einzelnen Regionen, welche Stärken bringen die Beruflichen Schulen mit?
- Welche Möglichkeiten bringt die Digitalisierung, bei der die Beruflichen Schulen schon weiter sind als andere?
- Können, wie in Hamburg, Warteschleifen für junge Menschen verkürzt und Mittel aus dem Übergangssystem in die qualifizierenden Angebote der Beruflichen Schulen umgelenkt werden?
- Wo sind Wohnangebote für Auszubildende analog zu Studentenwohnheimen, notwendig?
- Wo fehlen Mobilitätsangebote?
- Wie schaffen wir es, Berufsorientierung als gemeinsames Projekt von allgemein- und berufsbildenden Schulen kooperativ zu gestalten?

Kirsten Eickhoff-Weber

Jette Waldinger-Thiering  
und die Abgeordneten  
des SSW

Martin Habersaat  
und Fraktion